



STADT WEITERSTADT □ RIEDBAHNSTRASSE 6 □ 64331 WEITERSTADT

Herrn Bundesminister
Alexander Dobrindt
Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur
Invalidenstr. 44
10115 Berlin

➡ **Stadtverordnetenversammlung**

☎ 06150/400-0
☎ 06150/400-1409
📍 Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt
Zimmer-Nr. 609
🌐 <http://www.weiterstadt.de>
✉ parlamentarischesbuero@weiterstadt.de

Sachbearbeiterin: Frau Zettel
Durchwahl: 06150/400-1404

Sprechzeiten:
MO - FR 08.00 - 12.00 Uhr
MI 14.00 - 18.00 Uhr

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum
23. Juli 2015

Korridorstudie zur Anbindung der bestehenden Güterverkehrsstrasse an die geplante ICE-Neubaustrecke

Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt,

der Hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir hat in seiner Stellungnahme des Landes Hessen an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Studie „Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den gesamten Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse – Rhein/Main – Rhein/Neckar – Karlsruhe“ (Korridorstudie) vom 19. Juni 2015 von einem Konsens des Landes Hessen gemeinsam mit der Region ausgehend u.a. unter Punkt II. (Zentral- und Südkorridor) Nr.3 auch um die ergänzende Prüfung einer Anbindung der Strecke Mainz – Darmstadt an die Neubaustrecke über eine enge nördlich von Weiterstadt geführte Kurve (Variante 5a) sowie eine Untertunnelung (Variante 5b) gebeten.

Die stark betroffene Kommune Weiterstadt teilt diesen sogenannten Konsens der Region und des Landes Hessen nicht!

Vor diesem Hintergrund bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung ihre Grundsatzbeschlüsse vom 23. April 2015:

„In der Bewältigung des Zielkonflikts Lärmschutz versus Vollenbindung des Hauptbahnhofs Darmstadt hat der Lärmschutz der eigenen Bevölkerung höchste Priorität. Somit ist die Variante 2 (Klein-Gerauer Spange) das eindeutige Verhandlungsziel bei allen weiteren Gesprächen.“

und vom 25. Juni 2015:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt lehnt die Varianten 5a und 5b der Korridorstudie zur Anbindung der bestehenden Güterverkehrsstrasse an die geplante ICE-Neubaustrecke wegen erheblicher Umweltbelastungen für die Bevölkerung und der Zerschneidung der Landschaftsräume grundsätzlich ab.“

Ergänzend hat die Stadtverordnetenversammlung am 23. Juli 2015 eine Resolution mit folgendem Wortlaut beschlossen:

„Ohne formale Beteiligung haben die Gremien der Stadt Weiterstadt zur Kenntnis genommen, dass der Hessische Staatsminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Tarek Al-Wazir einen angeblichen Konsens der Region in der Frage der Anbindung des Darmstädter Hauptbahnhofs sowie der Mittelrheintrasse an die geplante ICE-Neubaustrecke (NBS) sieht. Infolge dessen schlägt er der Bundesregierung zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015 u.a. vor, die vom Landkreis Groß-Gerau vorgeschlagenen Varianten 5a und 5b mit in die Prüfung der Korridors einzubeziehen.

Die Stadt Weiterstadt teilt diesen angeblichen Konsens nicht!

Bei einer Informationsveranstaltung am 30. Oktober 2014 im hessischen Verkehrsministerium wurde die Region gebeten, einen Konsens in der Frage der Anbindung der Mittelrheintrasse sowie / oder des Darmstädter Hauptbahnhofs zu finden. Hierfür wurden im Folgenden u.a. bei der 18. Sitzung des Regionalforums ICE-Knoten Rhein-Neckar am 12. März 2015 in Mannheim vier alternative Trassen zur Diskussion gestellt:

- 1. Spange Weiterstadt*
- 2. Spange Klein-Gerau*
- 3. Südanbindung Darmstadt Hbf*
- 4. Spange Pfungstadt*

Auf ausdrückliche Nachfrage wurde bestätigt, dass die Region sich für ausschließlich eine Variante entscheiden solle. Vor diesem Hintergrund haben sämtliche südhessischen Landräte, der Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt sowie die Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Darmstadt das Positionspapier „ICE-Neubaustrecke Rhein/Main- Rhein/Neckar, Position der Region Darmstadt Rhein Main Neckar“ abgestimmt und Herrn Staatsminister Al-Wazir im Dezember vergangenen Jahres überreicht. Diese Position war Grundlage der Beschlussfassung der beteiligten Kommunen. Hierin wird unter Ziffer 2, Satz 5 unzweifelhaft beschrieben:

„Über den Bau einer Verbindungskurve in enger Bündelung zur A67 kann der Güterverkehr aus Mainz kommend auf die Neubaustrecke geleitet werden.“ (Variante 2)

Ziel der Variantenprüfung muss es sein, die raumverträglichste Anbindung der Mittelrheinstrecke an die ICE-Neubaustrecke zu finden. Hierbei ist in erster Linie der Schutz der Bevölkerung durch weitere (Lärm-) Belastung zu berücksichtigen. Gewährleisten kann dies eine konsequente Beachtung des Bündelungsgebots und die Schaffung eines effektiven Lärmschutzes. Einer kurzfristig vermeintlich kostengünstigen Variante kann nicht zu Lasten der Gesundheit der vielen Anwohner der Vorzug gegeben werden. Durch die Bündelung der Güterverkehrsspange mit der Trasse entlang der A67 wird auch eine Zerschneidung der ohnehin schon stark in Anspruch genommenen Landschaft vermieden.

Dass der Darmstädter Hauptbahnhof zusätzlich über eine Einschleifung auf Weiterstädter Gemarkung angebunden werden soll und damit das Naherholungsgebiet „Täubcheshöhle“ durchschnitten wird, ist aus unserer Sicht angesichts des Mehrwertes für die Region nur zu akzeptieren, wenn keine weiteren Belastungen auf die Bevölkerung der Stadt Weiterstadt einwirken.

In diesem Zusammenhang bitten wir zu beachten, dass unsere Stadt die durch Lärm am meisten belastete Kommune im gesamten Landkreis Darmstadt-Dieburg ist. Neben dem Lärm der BAB 5, der B42, der bestehenden Bahntrasse, dem Fluglärm der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens und des Flugplatzes Egelsbach soll möglicherweise in Zukunft auch noch die Belastung der Neubaustrecke für den Mischverkehr, insbesondere nachts, auf die Bevölkerung unserer Stadt einwirken. Zusätzlicher Güterverkehr auf der Strecke Mainz-Aschaffenburg ist für Weiterstadt im Rahmen einer gerechten Verteilung in der gesamten Region nicht mehr hinnehmbar.

Wir bekräftigen daher zusammenfassend unsere Forderungen nach einer verträglichen Lösung, die aus unserer Sicht, nach den aktuellen Planunterlagen, nur aus der Variante 2 (Klein-Gerauer Spange) besteht. Alle weiteren uns bekannten Vorschläge lehnen wir ab. Auch eine Lösung, die keine Verbindung der NBS zur Strecke Mainz – Darmstadt (Planfälle 1a und 1b) beinhalten würde und eine Verdopplung des Güterverkehrsaufkommens bis 2030 auf der Bestandsstrecke bedeuten würde, ist für uns nicht akzeptabel. Lediglich zur Vermeidung dieses „Planfalls Null“ ist unter der Voraussetzung eines optimalen Lärmschutzes nach der 16. BImSchV (Lärmvorsorge) für den gesamten die Wohnbebauung betreffenden Bereich, angefangen vom westlichen Ortsrand Braunshardts ununterbrochen bis hin zum östlichen Stadtrand Weiterstadts und einer engen Bündelung einhergehend auch mit dem Abrücken von der Wohnbebauung der Bestands- und Zubringerstrecke eine Planung in diese Richtung akzeptabel.

Ferner fordern wir auch einen angemessenen Lärmschutz der in Gräfenhausen lebenden Menschen vor der geplanten Mischverkehrsneubaustrecke Frankfurt – Mannheim. Der gesetzliche Anspruch erstreckt sich lediglich auf eine Wand zwischen der östlich gelegenen Neubaustrecke und der Autobahn (A5). Um die Bevölkerung angemessen zu schützen, ist die Gesamtbelastung aus Zug- und Autobahnverkehr zu berücksichtigen. Dies kann beispielsweise durch den Bau eines Walls westlich der Autobahn erfolgen.

Sollte den Verantwortlichen bei Land, Bund und Bahn an einer zeitnahen Anbindung der Region sowie einer Durchleitung des Güterverkehrs gelegen sein, können wir nur bitten, von den genannten Varianten Abstand zu nehmen. Wir werden das Problem der Vorhabensträger Bund und Bahn nicht zu unserem eigenen machen.“

Im Namen der Gremien der Stadt Weiterstadt dürfen wir Sie daher bitten, die für uns unzumutbaren Varianten nicht weiter zu verfolgen, da auch die Prüfung Ressourcen bindet, die für sinnvollere Maßnahmen verwendet werden sollten.

Darüber hinaus bitten wir Sie im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Bevölkerung sowie die politischen Gremien zeitnah über die Planungen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Dittrich
Stadtverordnetenvorsteher

Ralf Möller
Bürgermeister

Durchschrift an:

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Verkehr und Landesentwicklung
Herrn Staatsminister
Tarek Al-Wazir
Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden
.

DB Netz AG
Jörg Ritzert
Kleyerstraße 25
60326 Frankfurt am Main

Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Herrn Landrat
Klaus Peter Schellhaas
Jägertorstr. 207
64289 Darmstadt

MdB Huber und Zypries